

(Abgeordneter Lange [Leipzig].)

(A) auf die Sparkasse schaffen. Es wäre recht erwünscht, wenn die Königliche Generaldirektion nach der tatsächlichen Lage der Verhältnisse dazu käme, daß sie im allgemeinen in diesem Falle den Wohnort maßgebend sein ließe, daß sie aber denjenigen, die in Paunsdorf wohnen, denselben Wohnungsgeldzuschuß gewährte, den man für die ländlichen Gemeinden Sommerfeld und Engelsdorf gewährt. Es würde kaum mehr Kosten verursachen, den Beamten aber wie der Gemeinde würde damit gedient sein. Es kann doch weder im Willen noch im Interesse der Verwaltung liegen, eines Grundsatzes halber offensichtliche Härten bestehen zu lassen.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Greulich.

Abgeordneter Greulich: Meine Herren! Ich danke zuvörderst dem Herrn Berichterstatter für seinen ausführlichen Bericht und für die Geneigtheit, Abhilfe zu schaffen, so wie er es im Bericht ausgesprochen hat. Ich danke auch denjenigen Herren der Deputation, die für das Botum gestimmt haben, daß diese Petition der Staatsregierung zur Erwägung überwiesen werden soll. Ich muß offen sagen, daß ich mich über die Ausführungen des Herrn Geheimrates Otto außerordentlich wundere. Ich betrachte die ganze Angelegenheit nicht als ein Durchbrechen des Gesetzes, sondern als einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit. Wenn man von diesem Standpunkte aus die Angelegenheit betrachtet, so muß man ganz entschieden den Petenten recht geben. Wer die ganze Entwicklung der Riesaer Vororte, vor allen Dingen Gröba kennt, muß sich doch sagen, daß von allen Beamten, die auf dem Bahnhofe in Riesa beschäftigt sind, die meisten außerhalb Riasas wohnen, weil Riesa ja gar nicht imstande ist, alle die Beamten aufzunehmen. Riesa hat gar nicht so viel Wohnungen. Wer ferner den Ort Gröba kennt, der sich in so kurzer Zeit so außerordentlich entwickelt hat, der muß mir recht geben, wenn ich sage, daß ein Unterschied zwischen den Wohnungs- und Nahrungsmittelpreisen usw. in Gröba und Riesa nicht besteht. Die Herren, die mit in der Deputation gewesen sind, haben gesehen, wie die Regierung eine Karte vorgelegt hat. Daraus war offen ersichtlich, daß der Bahnhof zum größten Teil überhaupt nicht auf Riesaer Flur, sondern auf Gröbaer Flur liegt. Wenn richtig kalkuliert wurde, mußte man sagen: die Verhältnisse von Riesa und Gröba sind überhaupt nicht verschieden, und wenn sich die Hafungsverhältnisse in Gröba so günstig weiterentwickeln, muß überhaupt eine selbständige Inspektion für Gröba geschaffen werden. So liegen die Verhältnisse in Gröba, das sich in so hervorragender Weise entwickelt hat.

Wenn der Herr Geheimrat Otto sagt, die Stadt Riesa hätte einen Schaden dadurch, daß die Beamten wegzögen, wenn die Beamten der ländlichen Orte ebenfalls das Wohnungsgeld bekämen, wie es für Riesa bezahlt wird, so möchte ich erwidern: Haben sich denn die Herren von der Regierung einmal angesehen, welche Entwicklung die Vororte von Riesa genommen haben? Haben die Vororte einen einzigen reichen Mann aus Riesa herausgelockt? Nein, die Arbeiterbevölkerung ist es, die da draußen in den Vororten wohnt, und da sind die Beamten, die mit draußen wohnen, für die Orte von ganz bedeutendem Wert. Wenn der Herr Geheimrat Otto ausgeführt hat, daß Riesa sich geschädigt fühlen würde, wenn dasselbe Wohnungsgeld für die Vororte gewährt würde, so will ich ihm aus der Stadtverordnetenversammlung vom 3. März 1914 einen Bericht vorlesen, in welchem ausdrücklich festgestellt wird, daß in Riesa Wohnungsmangel herrscht. Ich bitte den Herrn Präsidenten um die Genehmigung.

(Präsident: Wird gestattet.)

Er lautet folgendermaßen:

„Herr Stadtverordneter Richter bemerkt noch, daß auch in diesem Vierteljahr eine große Anzahl Familien ohne Wohnung seien. Er ersuche um Auskunft, in welcher Weise der Rat der Wohnungsnot abhelfen wolle. Herr Stadtverordnetenvorsteher Schönherr erklärt, der Spar- und Bauverein wolle ja wieder bauen, wie weit die Verhandlungen gediehen seien, wisse er aber nicht. Herr Bürgermeister Dr. Scheider führt aus, daß der Spar- und Bauverein beschlossen habe, in diesem Jahre wieder weitere Wohnungen an der Südstraße zu errichten. Eine endgültige Entschliebung könne erst dann getroffen werden, wenn die Landesversicherungsanstalt uns endgültig die Mittel zugesichert habe. Die Zusage dürfte in den nächsten Tagen eintreffen. Die Baugesuche seien bereits bei der Baupolizeibehörde eingereicht. Geplant sei der Bau von 18 dreiräumigen und 7 vierräumigen Wohnungen. Voraussichtlich würden die Wohnungen am 1. Oktober zur Verfügung stehen. Im übrigen hoffe er, daß dem Wohnungsmangel auch dadurch Abhilfe getan werde, daß wir mit der Anleihe für 2. Hypotheken ins Geschick gekommen seien. Vielleicht würden nun Kleinwohnungen erstellt, die dem Mangel abhelfen. Wichtig sei, daß auch am letzten Quartalswechsel Leute herausgesetzt worden seien, die dann ein Unterkommen nicht finden konnten.“

Nun, Herr Geheimrat, wie stimmt das mit den Ausführungen, die Ihnen von Riesaer Seite gemacht worden sind? Das stellt doch die ganze Sache auf den Kopf! Sie sehen, auf was für eine schiefe Ebene man kommt, wenn man nur einseitig die Interessen eines Teiles der Bevölkerung wahrnimmt. Wir betrachten es geradezu als ein Verbot dafür, daß die Leute aufs Land hinauskommen.